

AufwärtS

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Nr. 66.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 20. März 1931.

13. Jahrgang.

Sei es: Ja! sei's: Nein!
von Wert ist
nur, daß man es klar erkennt!
Etwas doch ist stets gewonnen,
steht es auch nur, wie es stand!

Caesar Flaischien.

Das Unrecht an Oberschlesien.

Zum 20. März.

Von H. W. Köhlig.

Bei der Verteilung der Beute in Versailles sollte Polen nicht zu kurz kommen: außer dem etwas zu breit geratenen Korridor sollte ihm auch der östliche Teil der Provinz Schlesien zufallen. Der deutschen Delegation in Versailles gelang es aber zum Glück, durchzusetzen, daß eine Volksbefragung in Oberschlesien durchgeführt wurde, die das Schicksal Oberschlesiens entscheiden sollte. Diese Volksabstimmung fand am 20. März 1921 statt. Die große Mehrheit der Oberschlesier sprach sich für ein Verbleiben bei Deutschland aus (40 Prozent nur für Polen. Will man dieses Ergebnis richtig würdigen, so muß man sich in die damalige Zeit zurückversetzen. Deutschland hatte die entbehrungsreiche Kriegszeit hinter sich, unter der die Ostprovinzen ganz besonders zu leiden hatten. Bis zur Abstimmung übten französische, englische und italienische Truppen ein wahres Schreckensregiment in Oberschlesien aus. Die polnischen Banden versuchten fortwährend, Oberschlesien in ihre Macht zu bekommen, sie wurden dabei heimlich und offen von den Franzosen unterstützt. Der junge Staat Polen machte dagegen Versprechungen über Versprechungen: jedem, der für Polen eintrat, wurden höhere Stellen versprochen, Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Not würden verschwinden, wenn das Land erst polnisch sei. Kurz, die Zukunft mußte nach den polnischen Versprechungen herrlich werden. Dabei bedenke man auch, daß ein großer Teil der Bevölkerung einen slawischen Dialekt, das sogenannte „Wasserpolsch“, bevorzugt. Dieser Dialekt ist stark mit deutschen Ausdrücken vermischt. Die Bevölkerung beherrscht aber natürlich auch die hochdeutsche Sprache. Auch in volklicher Beziehung von einer polnischen Bevölkerung zu sprechen, ist kaum richtig. Schon im 8. Jahrhundert vor Christi Geburt war Oberschlesien germanisiert worden, später wurde es allerdings vom Slawentum zurückgewonnen, wenn auch nur zeitweilig. So entstand in Oberschlesien ein germanisch-slawisches Mischvolk, zum Teil deutsch sprechend, zum Teil slawisch (wasserpolsch). Dennoch hatte die polnische Propaganda kaum Erfolg, wenn sie auf die slawische Kultur Oberschlesiens hinwies. Ein sehr großer Teil der polnisch-sprechenden Bevölkerung stimmte für ein Verbleiben beim deutschen Reich. Alle Großstädte erhielten deutsche Mehrheiten, auch die kleineren Städte bekannten sich meistens zum Deutschland. Konfessionelle und kulturelle Gesichtspunkte spielten bei der Volksabstimmung kaum eine Rolle. Wohl aber die sozialen. Alle diejenigen, die mit den bestehenden Zuständen aus irgendeinem Grunde unzufrieden waren, gaben ihre Stimme für Polen ab. Vor allem die kulturell sehr tief stehende Bevölkerung der Waldgebiete bekannte sich zum Polentum. Aber trotzdem siegte Deutschland. Was wäre nun selbstverständlicher gewesen, als Deutschland Oberschlesien zu lassen? Aber das wollte die Entente nicht — die Abstimmungskommission wollte kein Urteil fällen und bat nach langem Schweigen den Völkerbund, er solle die Grenze in Oberschlesien festlegen.

So wurde endlich die deutsch-polnische Grenze bestimmt, die sich durch nichts rechtfertigen läßt. Eine Volks- und Sprachgrenze gibt es in Oberschlesien nicht, nach der man unter Umständen die politische Grenze hätte ziehen können, das war deshalb um so mehr unmöglich, da große Teile der polnisch-sprechenden Bevölkerung für Deutschland gestimmt hatten. Ebenfalls konnte man die Grenze nach geschichtlichen Punkten bestimmen, gehörte doch Oberschlesien seit dem 13. Jahrhundert ununterbrochen zu deutschen Staaten und nicht mehr zu Polen. Wollte man Oberschlesien, das unteilbar eine Einheit in politischer, kultureller und wirtschaftlicher Beziehung bildet, unbedingt teilen, so konnte man es nur auf Grund des Abstimmungsergebnisses tun. In diesem Falle wäre das gesamte Industriegebiet deutsch geblieben, da alle Städte des Industriezentrums eine große deutsche Mehrheit aufgebracht hatten. Polen hätte sich dann mit dem wirtschaftlich weniger wertvollen Teil der Provinz zufrieden geben müssen.

Der Völkerbund legte dann eine Grenze fest, die in jeder Beziehung unnützlich und ungerecht ist. Städte, die

sich mit gewaltiger Mehrheit für Deutschland ausgesprochen hatten, wurden durch das willkürliche Urteil des Versailler Völkerbundes zu Polen geschlagen. Die heute polnische Stadt Lublitz hatte sich bis zum letzten Augenblick gewehrt, vom Deutschen Reich getrennt zu werden. Rattowitz, ebenfalls eine Stadt mit gewaltiger deutscher Mehrheit, eine Stadt, die durch deutsche Industrielle und Wirtschaftler groß geworden war, kam zusammen mit dem deutschen Königshütte an Polen. Hier stand der erste Hochofen mit Koksführung, hier lief die erste deutsche Dampfmaschine, und dieses Land soll polnisch sein?

Sinnlos wurde das deutsche Industriegebiet in Oberschlesien zerrissen. Polen erhielt von 63 Steinkohlegruben 51, von 37 Hochofen 22, von den 19 ober-schlesischen Zink- und Bleigruben 15, die Hälfte der Stahl- und Walzwerke und die wertvollsten deutschen Industrieanlagen. Deutlich zeigt sich, daß Polen gar nicht mit dieser Beute umzugehen versteht, die polnische Kohlenproduktion steht weit hinter der deutschen zurück. In der ostoberschlesischen Industrie arbeiten heute noch deutsche Ingenieure, ohne die die polnische Industrie in Oberschlesien gar nicht existieren könnte. Was Deutschland aufgebaut hat, geht in polnischen Händen wieder zugrunde.

Straßen und Eisenbahnlinien teilte man zwischen Polen und Deutschland, das ganze einheitliche Verkehrsnetz Schlesiens wurde so zerrissen. Ganze Heere von Zollbeamten und Grenzwachposten müssen die zahlreichen Uebergänge der unnatürlichen Grenze bewachen.

Es gibt Fälle, daß ein Dorf auseinandergerissen ist, daß z. B. der Bauer auf deutschem Gebiet wohnt, während sein Land auf polnischem Boden liegt. Dem Bauern ist es nur am Tage erlaubt, sein Land zu betreten; er bedarf hierzu noch eines besonderen Ausweises, der von Zeit zu Zeit bei dem entfernt liegenden Landratsamt ausgestellt werden muß. In der Erntezeit sind Erntediebstähle hier keine Seltenheit. Der Bauer muß mit geballter Faust zusehen, wie ihm seine Ernte gestohlen wird: er darf ja sein Land nur am Tage betreten. Ja, „die Grenzen in der Beuthener Ecke sind eine internationale Sehenswürdigkeit“!

Das machtlose Deutschland mußte sich dem Diktat des Völkerbundes unterwerfen. Am 20. Oktober unterzeichnete es unter Protest den Oberschlesienvertrag, der das Land widerrechtlich teilte. Deutschland wird und kann diese Grenzziehung niemals anerkennen. Das italienische Blatt „Il Paese“ schrieb am 9. November 1921: „Man muß als Angehöriger eines Entente-landes erröten, wenn man die schamlose Vergewaltigung des Landes ansieht. Nicht einmal die Wilden Zentralafrikas behandelt man so.“

In dem Oberschlesienvertrage wurde Polen die Verpflichtung auferlegt, die deutschen Minderheiten, oder besser die deutsche Nationalität in Schlesien zu schützen. Wie Polen diesen Verpflichtungen nachgekommen ist, braucht hier nicht näher ausgeführt zu werden. Jedermann weiß ja, wie man die Angehörigen deutscher Nationalität behandelt. Kaum die Hälfte der zur deutschen Schule angemeldeten Schüler hat Gelegenheit, solche zu besuchen. Freie Meinungsäußerung gibt es nicht: deutsche Zeitungen werden verboten, politische, ja, selbst religiöse Versammlungen werden — soweit sie überhaupt stattfinden dürfen — planmäßig durch polnische Horden gestört. Betrunkene Polen dringen in Gottesdienste ein und werden nicht bestraft. Der Terror bei den Wahlen ist noch in aller Erinnerung, nicht weniger als 6 Menschenleben hat er im polnischen Oberschlesien gefordert. Sab und Gut der Deutschen ist nicht mehr sicher, wie die Wilden hausten die „Aufständischen“ Korfants oder die Anhänger der Regierung.

Nein, Polen ist nicht würdig, über fremde Nationen zu regieren. Es hat die ihm auferlegten Verträge — wie es ja selbst zugibt — gebrochen, das Vertrauen, das einzelne Mächte dem neuen Staate entgegenbrachten, wurde schlecht belohnt. Auch im Ausland beginnt sich die Meinung durchzusetzen, daß das Unrecht der ober-schlesischen Grenzziehung wieder gutgemacht werden muß.

Aber, wenn wir an Oberschlesien denken, dürfen wir auch ein kleines Gebiet nicht vergessen, das wider seinen Willen einem fremden Staate einverleibt wurde: das 50 000 Einwohner zählende Hultschiner Ländchen, das den südlichen Teil des Kreises Ratibor ausmachte und der Tschechoslowakei zufiel. Tapfer wehrte sich dieses kleine Land gegen den Terror der Tschechen, die ihm die deutsche Sprache und Schule nahmen. Bei allen Wahlen zeigt sich, daß die erdrückende Mehrheit der Hultschiner wieder deutsch werden will. Während man in dem Teile Oberschlesiens, der an Polen fallen sollte, wenigstens eine Abstimmung vorgenommen hatte, schlug man dieses Land ohne Volksbefragung zur Tschechoslowakei.

ein Hohn auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker!! Oberschlesien bildet wirtschaftlich, politisch und kulturell eine Einheit, die Mehrheit der Bevölkerung sprachlich 1921 für ein Verbleiben bei Deutschland aus. Die Grenzziehung war ein Unrecht, das wieder gutgemacht werden muß. Polen hat kein Recht auf Oberschlesien: Oberschlesien war deutsch, und ungeteilt muß es wieder deutsch werden!

Die französisch-belgische Einheitsfront unerschüttert.

Das Ergebnis der außenpolitischen Debatte in Brüssel.

Von Dr. R. S. Abshagen-Brüssel.

Als am 4. März der belgische Außenminister Hymans durch eine lange Rede zum Etat des Außenministeriums die außenpolitische Debatte der belgischen Kammer einleitete, hatte der Pressedienst seines Ministeriums offenbar von langer Hand vorgearbeitet, um dieser Rede in Deutschland den gewünschten Widerhall zu geben. Ungefähr um dieselbe Stunde, in der Herr Hymans in Brüssel redete, erschienen bereits in einigen Berliner Blättern umfangreiche Auszüge aus dieser Rede, die unmöglich schon von den Brüsseler Berichterstattern, die der Kammer Sitzung bewohnten, hatten übermittelt werden können.

Die am späten Abend erscheinenden Ausgaben verschiedener Blätter brachten ausführliche Würdigungen der belgischen Ministerrede, in denen diese geradezu als ein Wendepunkt der belgischen Politik, als eine Lösung aus dem Vasallenverhältnis zu Frankreich und eine Rückkehr Belgiens zu wahrer Neutralität gefeiert wurde. Es ist bezeichnend, daß kein einziges Organ der belgischen Presse von sich aus zu einer ähnlichen Auslegung der Ministerrede gelangt war. Sämtliche Blätter brachten dieselbe vielmehr ohne jeglichen Kommentar und erst die begeisterten Kommentare des „Berliner Tageblatts“ und der „Vossischen Zeitung“ bescheinigten Herrn Hymans, daß seine Rede eine epochenmachende Tat gewesen sei. Auch die Presse des Auslandes entschloß sich erst zögernd und meistens mit Bezug auf die Berliner Kommentare zu eingehender Würdigung der Rede.

Was aber nun war der eigentliche Inhalt der Rede gewesen? Zunächst muß festgestellt werden, daß sie keineswegs eine programmatische Erklärung zur Gesamtpolitik Belgiens war, wie man das eigentlich hätte erwarten sollen. Herr Hymans hatte sich vielmehr im wesentlichen darauf beschränkt, sich mit dem französisch-belgischen Militärabkommen von 1920 zu beschäftigen. Er hat es sicher nicht gern und nicht freiwillig getan. Viel angenehmer wäre es ihm und seinen Kabinettskollegen gewesen, wenn dieser reichlich unzeitgemäße Geheimvertrag nicht vor der Öffentlichkeit hätte besprochen werden müssen. Dieser Geheimpakt stammt, wie gesagt, aus 1920, also aus der Zeit der schlimmsten deutschen Satzung in Belgien und Frankreich. Man hat zwar später — um das Gesicht zu wahren — den Briefwechsel, der über den Abschluß zwischen den beiden Regierungen gewechselt worden ist, beim Völkerbundssekretariat registrieren lassen, aber der Inhalt selbst ist nie bekannt gegeben worden. Man weiß nur fälschlich, daß die Abmachungen eine enge Zusammenarbeit der beiden Generalstäbe bereits in Friedenszeit vorsehen. Seit langem hat im In- und Auslande Beunruhigung darüber geherrscht, daß dieser zugestandenermaßen einseitig gegen Deutschland gerichtete Militärabkommen Belgien militärisch und dadurch außenpolitisch in ein auf die Dauer für Belgien selbst wie für seine übrigen Nachbarn unerträgliches Abhängigkeitsverhältnis von Frankreich bringe. Diese Beunruhigung wurde noch genährt einmal durch die Tatsache, daß der Geheimabkommen auch aufrecht erhalten wurde, nachdem ihm der letzte Schein von Berechtigung durch die Locarnoverträge genommen war, zum anderen aber auch dadurch, daß durchsicherte, daß, seitdem der Gedanke einer Modernisierung des belgischen Befestigungssystems im Jahre 1926 erwogen wurde, der französische Generalstab auf Grund des Geheimabkommens für sich das Recht weitgehender Einmischung in dieser Frage in Anspruch nahm. Schien sich im Frühjahr 1927 der belgische Generalstabschef noch gegen diese Bevormundung energisch zu wehren, so mußten nachdenkliche Beobachter aus der kürzlich von der belgischen Regierung eingebrachten Vorlage den Schluß ziehen, daß der französische Einfluß obgefiegt hat. Sieht doch der von einer Reihe erstklassiger belgischer militärischer Sachverständiger scharf bekämpfte Regierungsentwurf vor, daß drei der neuen Provinzen des Landes im Kriegsfall mit Deutschland preisgegeben werden und daß die Hauptverteidigungslinie auf die

Maß zurückverlegt wird, eine Anordnung, die Belgien ganz einfach zum Glacis des großen französischen Befestigungssystems gegen Deutschland machen würde.

Es ist nur naturgemäß, daß angesichts dieser Tatsache die lange bestehende Beunruhigung sich nicht so sehr in Deutschland, wie in England (es sei nur an die Aufsatzreihe Professor Gerthwols im „Daily Telegraph“ im November vergangenen Jahres erinnert) und in Holland wie auch in weiten Kreisen Belgiens selbst sich in der Presse und in Reden einer Reihe von Politikern Luft machte.

Herr Symans befand sich also nicht gerade in einer beneidenswerten Lage, wenn er zu dem Militärabkommens öffentlich Stellung nehmen mußte. Es hätte nur eine Erklärung gegeben, die wirklich geeignet gewesen wäre, dem weitverbreiteten Mißtrauen im In- und Auslande den Boden zu entziehen, nämlich, daß der Militärabkommens von 1920 als längst durch die Entwicklung der Zwischenzeit überholt, unverzüglich aufgehoben werde. — Diese Erklärung hat der belgische Außenminister nicht abgegeben. Statt dessen hat er im ausdrücklichen Einvernehmen mit dem Quai d'Orsay eine — nach bester Information in Paris fabrizierte — Interpretation des Militärabkommens gegeben, in welcher diesem die absolute Harmlosigkeit und rein defensiver Charakter beigemessen werden. Es ist ganz klar, daß Herr Symans, wenn er das Militärabkommen verteidigen wollte, gar nichts wesentlich anderes sagen konnte. Natürlich mußte er die Friedensliebe Belgiens und die Harmlosigkeit seines Vertrages mit Frankreich betonen. Auch dem Sinne nach offensive Verträge werden heute stets in ein harmlos defensives Gewand gekleidet, und kein Staat wird offen zugeben, der Basall seines stärkeren Nachbarn zu sein. Die Tatsache läßt sich aber nicht abtun, daß ein einseitig durch Militärverträge und durch ein einseitig nach Osten und nach Norden gerichtetes Befestigungssystem militärisch von Frankreich abhängiges Belgien auch politisch der Basall Frankreichs bleibt und im Ernstfalle das Eintreten des casus foederis sich von Frankreich vorschreiben lassen muß. Dabei kann man ganz davon absehen, daß die gegenwärtigen Nachbarn in Brüssel schon rein gefühlsmäßig nur zu gern ihre Politik der von Paris vorgeschriebenen Richtung anpassen. Man kann deshalb Herrn Symans Rede als einen Versuch, die wirklichen Gefahren des belgisch-französischen Militärabkommens hinter allerlei Friedensliebebetuerungen zu kamouflieren, bezeichnen.

So verständlich diese Absicht, so unbegreiflich ist es, daß in Berlin nicht nur eine Reihe von Tageszeitungen, sondern auch die als offiziös bekannte politisch-diplomatische Korrespondenz auf die Reimruten des belgischen Außenministeriums gegangen ist. Glücklicherweise hat aber im belgischen Parlament und in der belgischen Presse die Silberfriesenpropaganda aus Berlin Widerspruch gefunden, so daß eine Verfälschung des wahren Sachverhaltes vermieden ist.

Den Anstoß dazu gab Herr Vandervelde, der Führer der sozialistischen Partei. Zwar billigte er ausdrücklich die außenpolitische Erklärung seines Nachfolgers im Außenministerium. Er hütete sich auch wohl, den Militärvertrag als das zu kennzeichnen, was er wirklich ist. Diese Zurückhaltung ist begreiflich, wenn man weiß, daß Vandervelde selbst in dem Ministerium saß, das den Abkommens mit Frankreich abschloß. Aber er legte doch immerhin Herrn Symans nahe, zu überlegen, ob es nicht angesichts des verbreiteten Mißtrauens richtiger sei, den Militärvertrag im Einvernehmen mit Frankreich aufzu-

heben. Ferner versuchte er den friedlichen Erklärungen des Herrn Symans einen positiven Inhalt zu geben. Er wagte sich zwar nicht soweit vor, wie der radikal-läppische Abgeordnete, Ward Hermans, der vor ihm erklärt hatte, daß nur eine radikale Revision des Versailler Vertrages eine wahre Befriedung Europas bringen könnte. Aber immerhin ging Herr Vandervelde, selbst Mitunterzeichner von Versailles, doch so weit, zu erklären, daß es nicht angehe, immer noch Deutschland als den für den Krieg allein Verantwortlichen zu erklären, daß indirekt auch andere Mächte mit verantwortlich wären, daß deshalb der Versailler Vertrag nicht immer noch als grundsätzlich unantastbar angesehen werden dürfe. Herr Vandervelde hat schließlich auch davon gesprochen, daß man in Belgien nicht einseitig frankophile Politik machen dürfe, ebenso wenig wie etwa eine anglophile oder germanophile, sondern daß man im Interesse des Friedens mit allen zusammenarbeiten müsse, die guten Willens seien.

Diese zähen Erklärungen Herrn Vanderveldes haben genügt, um die Franzosenfreunde in Belgien auf den Plan zu rufen.

In „La Meuse“, dem bedeutendsten Organ der Wallonie, dessen Brüsseler Vertreter übrigens einer der bedeutendsten Journalisten Belgiens und Vertrauensmann ebenföhrer des belgischen auswärtigen Amtes, wie der französischen Botschaft ist, wird klipp und klar erklärt, daß die wallonische Bevölkerung in Frankreich den natürlichen Freund und Alliierten sehe und sich eine Abwendung der belgischen Politik von Paris nie gefallen lassen würde.

Und am 11. März hat der frühere Kriegsminister und jetzige Führer der liberalen Partei, Herr Devèze, also Herrn Symans unmittelbarer Parteifreund, alles getan, um etwa noch bestehende Zweifel zu zerstreuen. Die Forderungen Vanderveldes auf eine wahre Verständigungspolitik werden in seiner Rede scharf zurückgewiesen und das ganze belgische Haf- und Verdächtigungsarsenal gegen Deutschland wird wieder ins Feld geführt. Ehe nicht Deutschland de- und wehmütig das Diktat als gerecht anerkennt, ehe es nicht den belgischen Standpunkt in den Fragen der belgischen Neutralität, der Franktireure usw. sich bedingungslos zu eigen macht, will Herr Devèze von keiner Kursänderung, von keinem Verzicht auf geheime Militärverträge wissen. Herr Devèze aber vertritt die Richtung, die immer noch in Belgien maßgebend ist. Was Herr Symans hinter harmlos klingenden Phrasen zu verbergen suchte, das hat der alte ehrliche Frontsoldat Devèze offen herausgespottet. Dafür können wir ihm eigentlich dankbar sein. Mit dem großen Wandel in der politischen Lage in Westeuropa ist es also vorläufig wieder einmal nichts. Noch steht die französisch-belgische Einheitsfront gegen Deutschland unerschüttert.

Ein Kanzlerwort und zwei Dokumente*).

Bei der Rundgebung des „Deutschen Studentenwerkes“ aus Anlaß seines zehnjährigen Bestehens hat der Reichskanzler Brüning in einer Ansprache den Kampf gegen das Berechtigungsunwesen eröffnet, dem wir es mit in erster Linie zu verdanken haben, daß heute mehr als 80 000 bestens examinierte Akademiker ohne eigene Schuld arbeitslos sind.

*) Nachdruck erwünscht!

Ein Enkel des alten Bodelschwings ist, und daß diese Kirche gerade am Tage der 100. Gedächtnisfeier des Großvaters geweiht wurde. Sodann ist diese Kirche mit den denkbar geringsten Mitteln erbaut. Wie sein Großvater hat der junge Bodelschwings es verstanden, die freiwilligen Kräfte der Gemeinde in stärkstem Maße für den Kirchbau mobil zu machen. Für die bescheidene Summe von 150 000 RM hat man Kirche, Gemeindegarten und Pfarrhaus- und Küsternwohnung auf einmal gebaut. Der würdige, wenn auch schlichte gottesdienstliche Raum erhebt sich über den im Souterrain liegenden geräumigen und lichtvollen Gemeindegarten. — Unter der Freitreppe, die zur Kirche führt, sind die Nebenräume des Gemeindegartens mit untergebracht. Der Kirchturm ist als Turmhaus ausgebaut, in dem sich die Wohnungen befinden.

Dieser Bau ist demnach interessant, weil er charakteristisch ist für unsere Zeit und für den Willen der Kirche, sich ihren Notwendigkeiten anzupassen, aber trotzdem sich in der Arbeit nicht aufhalten zu lassen. Der Kirchbau in Kirchlinde ist ein Beweis, daß sich auch mit den geringsten Mitteln einer armen Zeit das leisten läßt, was für ein lebendiges und aktuelles Gemeindeleben notwendig ist.

Ein Dank des Mitauer Diakonissenhauses.

Als wir vor einigen Monaten im Blick auf die Not der Alten und Siechen unserer baltischen Heimat und die damit verbundenen wachsenden Aufgaben des kleinen Diakonissenhauses uns entschließen mußten, unsere Mitchristen um die Mittel zur Gewinnung weiteren Raumes zu bitten, da standen wir vor der großen Frage: Welches Echo wird unsere Bitte finden, dürfen wir überhaupt hoffen, angesichts der schweren wirtschaftlichen Notlage eine nennenswerte Hilfe zu erwarten? Wird Gott, der Herr, uns weitere Mittel anvertrauen können und sich dadurch zu unserer Arbeit bekennen?

Die ersten Gaben wurden uns von 2 lieben Lehrerinnen aus Hamburg gesandt, die uns 7½ Quadratmeter Grund und Boden für unser Diakonissenhaus schenkten. Es war ein wunderbares Erleben, wenn nun Tag für Tag der rote Umschlag mit dem Päckchen der Postschritte eintraf und wir mit dankbarem Staunen sehen durften, wieviel Freunde Gott uns in der Welt geschenkt!

„Ich richte“, so rief der Reichskanzler aus, „mit größtem Nachdruck an alle amtlichen Stellen und an die Führer des Wirtschaftslebens den stärksten Appell, die jungen Menschen auch ohne „Berechtigungsschein“ nach ihren charakteristischen und praktischen Fähigkeiten in das tätige Leben einzuführen und ihnen durch ihre Bewährung Aufstiegsmöglichkeiten zu geben.“

Und nun soll hier bloß ein Beleg dafür folgen, welche Fortschritte das umfängliche Berechtigungsunwesen bereits über die Kreise des „amtlichen“ Deutschlands hinaus gemacht hat. Der Vorstand einer bekannten deutschen Missionsgesellschaft, bei der die Stelle eines Missionsinspektors neu zu besetzen war, sahte dieser Tage folgenden Beschluß:

„Der Studierende der Theologie, Dr. phil. M. . . (vielfach examiniert, mit umfassender Berufserfahrung auf den verschiedensten praktischen, sozialen und kirchlichen Arbeitsgebieten, im 4. theologischen Studienjahre stehend, 35 Jahre alt, verheiratet und Vater eines 2-jährigen Knaben) bewirbt sich um Anstellung für den Dienst in der Heimat. Der Vorstand kann ihm leider (!) hier kein Amt geben, sondern stellt ihm anheim, sein . . . theologisches Studium auf der Universität abzuschließen (!).“

Dem Missionsdirektor, der gegen diesen Vorstandsbeschluß auf das nachdrücklichste Widerstand geleistet hatte, blieb nur übrig, dem Bewerber mit dem Ausdruck des aufrichtigen Bedauerns mitzuteilen: „Leider blieben die Herren des Vorstandes an der Voraussetzung hängen, daß eine abgeschlossene (!) theologische Ausbildung für den vielseitigen Dienst in der Heimat vorliege (!).“

Kommentar überflüssig . . .

II.

Wiederholt ist in den letzten Jahren auf die Gefahr des deutschen Geburtenrückganges hingewiesen worden. Für verheiratete Männer und erst gar für vielköpfige Familienväter wird es von Tag zu Tag schwieriger, eine Arbeit zu finden, die ihre Familie vor dem Hungern schützt. Immer lauter erschallt der Ruf: „Mehr Kinder! Kampf den Empfängnisverhütungsmitteln!“

Und der Erfolg? Dieser Tage erhielt der obige wegen seiner „unzulänglichen examensmäßigen Abkämpfung“ abschlägig beschiedene Dr. phil. von einem großen, entschieden christlichen Verband auf seine Bewerbung um eine . . . Sekretärstelle den folgenden Bescheid:

„Ich muß Ihnen leider sagen, daß es augenblicklich sehr schwierig ist, Berufsarbeiter unterzubringen. Daß Sie verheiratet (!) sind, ist für die Unterbringung in einem Verein eine neue Schwierigkeit (!). Die Vereine haben eine besondere Abneigung, jemanden anzustellen, wenn eine Verpflichtung gegen einen verheirateten Mann entsteht (!).“

Und dieser Verband wußte noch nicht einmal, daß der Bewerber das . . . Unglück hatte, Vater eines 2-jährigen Knaben zu sein. Wie möchte dann die Antwort erst gelautet haben! . . .

Auch hier würde jeder Kommentar nur die erschütternde Wirkung dieses Dokumentes abschwächen. Über eine Frage drängt sich mit unausweichlicher Gewalt auf:

Muß . . . Deutschland . . . wirklich . . . sterben? . . .

Günther Wiedemann.

Die Bodelschwingsfeier im Radio.

Pastor D. Kuhlo bekam folgenden Brief von einem Freund der Anstalt Bethel aus Holland:

„Mein Neffe, Herr Franz M. im Haag, der 20 Jahre in London lebte, sehr musikalisch ist, selbst Horn bläst und noch einige andere Instrumente spielt, z. B. auch meisterhaft Klavier (Flügel) — (er gab, obgleich er Großkaufmann ist, wiederholt Konzerte in Eindhoven, der Vorstadt von London, wobei der Lord Mayor (Bürgermeister) zugegen war und worüber die Zeitungen mit seinem Bildnis mit dem Horn sehr günstig rezensierten), schreibt mir folgendes:

7. März 1931.

Lieber Onkel!

Der Radio-Empfang war nicht allzu gut, aber trotzdem haben wir alles sehr gut gehört. Superintendent und Pastor von Bodelschwings sprachen großartig. Pastor Kuhlos Posaunenchor ist der erste absolut rein spielende Chor, den ich jemals gehört habe. — Blechinstrumente sind sehr leicht etwas „out“, und wenn es auch nur ein Schatten ist, ich höre es sofort. — Ich habe vor Jahren im Crystal Palace bei einem Preispielen 24 Posaunenchor hintereinander daselbe Stück spielen hören, und nicht einer war absolut rein, wie der Kritiker des „Morning Reader“, der neben mir saß, selbst, wenn auch etwas zögernd, zugab. Pastor Kuhlos Posaunenchor, den ich zum ersten Male hörte, klang durchs Radio vollendet. Der Schwesternchor war auch gut; aber am besten wirkte der Krankenchor.

Nach Pastor von Bodelschwings Rede hörten wir noch zwei Lieder und damit war die Übertragung beendet.

Herrn Pastor Kuhlo mit herzlichem Gruß!

Ludwig Würtmann.

Ein interessanter Kirchbau.

In Dortmund-Kirchlinde wurde durch Generalsuperintendent Weirich-Münster eine Kirche eingeweiht, die in jeder Hinsicht interessant ist. Zunächst ist es ein sympathisches Zusammentreffen, daß der Erbauer der Kirche, der Ortspastor von Kirchlinde, Pastor v. Bodelschwings,

vielleicht dürfen wir hoffen, daß unsere Freunde, die uns zum Anfang verholfen haben, uns auch den Fortgang ermöglichen werden? Vielleicht erkennt mancher Leser auch durch diese Mitteilung, daß die Gaben für das Diakonissenhaus nicht unnütz gesendet werden, sondern reiche Früchte tragen, und hilft mit dazu, die Aufgaben, die Gott uns so sichtbar in die Hände gelegt hat, und die von Bedeutung für das evangelische Deutschland hier im Osten sind, zu erfüllen.

Und nun sagen wir allen gütigen Freunden einen herzlichen Dank und rufen ihnen ein freudiges „Gedankt Gott“ zu.

Pastor H. Ratterfeld, Mitau, Oberst-Kolpakstr. 14.
Deutsches Postfach. Königsberg i. Pr. 7734

Ratschläge

für den mündlichen Verkehr mit Schwerhörigen.

Denke daran, daß Du selbst leicht am Gehör Schaden nehmen kannst und übe etwas Geduld.

Stelle oder setze Dich so, daß Dein Gesicht ihm zugewandt und möglichst beleuchtet ist, so daß ihm das Ablesen Deiner Worte vom Munde nicht unnütz erschwert oder gar unmöglich gemacht wird. Nimm es ihm nicht übel, wenn er Dich um entsprechende Verringerung Deiner Stellung oder um Wiederholung Deiner Worte bittet. Sieh ihm möglichst ins Auge.

Sprich dann mit ihm ganz natürlich, ruhig, sachlich, deutlich, aber nicht schreiend.

Komm ihm in der Gesellschaft nötigenfalls zu Hilfe, wenn der Gesprächsstoff unvermittelt gewechselt hat, durch Nennung eines Stichwortes oder Namens, je nach Bedarf. Ein unverstandener Satz werde nur einmal in gleicher Form, dann in veränderter Form wiederholt.

Wenn ein Hochbetagter angesprochen werden soll, verjagt solcher leicht, obwohl sein Gehör eben noch ausreichend ist, in der Familie in zarter Weise aufmerksam zu machen, daß mit ihm gesprochen werden soll. Ihn anzuschreien, ist nicht nur unnütz, sondern auch für beide Teile verdrüsslich, unter Umständen sogar schädlich.

Alles in Allem: Versetze Dich in seine Lage und nimm billige Rücksicht. Er wird es Dir danken!

Um Weiterverbreitung wird gebeten.

Komm

— Düsseldorf
anlässlich der
tenversammlung
zu Demonstration
sammenstoßen
abgeriegelt hatte
würde zum Teil
Demonstranten
das Feuer. Na
7 Personen ver
gen erliegen
aus.

Düsseldorf
zwischen Komm
mitgeteilt, daß
auf die Schiffe
der Schutzmasse
Angreifer, davon
standen wurde
von zwei Komm
stich verlegt, das
festzunehmen, di

Erweiter
vom Dhanes
Pleu

Der Distan
trächtige Erv
Hilfe. Auf
der Staatspart
wurde zunächst
partei, des Be
schaftspartei, d
beschlossen, das
die allgemeinen

Dagegen st
partei und Ch

Nach diese
ziademokraten
Ausdehnung de
gen, so daß m
die Distanz au
die Grenzbezi
wurde.

In parlam
korrektur die
bzw. das Pleu

Im übrige
des Distanzge
über den Ba
Verkehrslinien
gliederungsbez
—Köting geb
Entscheidung
von Wehlauf
majusische Kan

Bei Parag
von der Bank
währenden Da
bisher 25 Mi

Die Zuk
Preussische N

In einem
Oberpräsident
die vom Reichs
Reichsrats fest
ausländischer
Jahre 1931 h
stimmt:

1. Es wer
bisher schon
Es kommen nu
bauen und bei
25 Morgen
weibliche Arbei
jahren Betrieb
länder darf h
nehmigen Zahl

Vertreter
ausgelassen we
erster Linie zu

Gegen un
beiter soll mit
Arbeitgeber, di
mungen bestra
Rufstellung aus
werden.

Rr
Ber

Der Reich
halsarbeiten d
postministerium
Beratung mit
bei der Ministe
In der Debatte
politischen Ein

In seinem
M

Ziel der Berwa
abvarates und

Kommunisten gegen Polizei und Nationalsozialisten.

Blutige Ausschreitungen in Düsseldorf.

Düsseldorf, 18. März. Die Kommunisten hatten anlässlich der Haushaltsberatungen der Stadtverordnetenversammlung, die gegenwärtig im Ständehaus tagt, zu Demonstrationen aufgefordert. Dabei kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, die die Zugangsstraßen abgeriegelt hatte. Mehrere Beamte wurden durch Steinwürfe zum Teil schwer verletzt. Als aus den Reihen der Demonstranten geschossen wurde, erwiderte die Polizei das Feuer. Nach den bisherigen Mitteilungen wurden 7 Personen verletzt, wovon eine bereits ihren Verletzungen erliegen soll. Nähere Einzelheiten stehen noch aus.

Ergänzender Bericht.

Düsseldorf, 19. März. Zu den Zusammenstößen zwischen Kommunisten und der Polizei wird ergänzend mitgeteilt, daß vier Beamte verletzt wurden. Als dann auf die Schüsse aus dem Zuge heraus die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch machen mußte, wurden sieben Angehörige, davon drei schwer verletzt. In den Abendstunden wurde weiter ein Angehöriger der R. S. D. A. P. von zwei Kommunisten überfallen und durch einen Messerstich verletzt. Der Polizei gelang es später 11 Personen festzunehmen, die im Besitze von Hieb- und Stichwaffen waren.

Erweiterung des Osthilfegebiets.

Vom Ostauschuß beschlossen. — Korrekturen im Plenum des Reichstags erwartet.

— Berlin, 19. März.

Der Ostauschuß des Reichstags beschloß eine beträchtliche Erweiterung des Geltungsbereichs der neuen Osthilfe. Auf Antrag der Abgeordneten Kemmer von der Staatspartei und Freybe von der Wirtschaftspartei wurde zunächst mit den Stimmen der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der Staatspartei, der Wirtschaftspartei, der Landvolkpartei und der Kommunisten beschlossen, das ganze Stettiner Wirtschaftsgebiet in die allgemeinen Osthilfemaßnahmen einzubeziehen.

Dagegen stimmten Sozialdemokraten, Bayer. Volkspartei und Christlich-Sozialer Volksdienst.

Nach dieser Abstimmung stimmten dann die Sozialdemokraten für alle übrigen Anträge, die eine Ausdehnung des Geltungsbereichs der Osthilfe betrafen, so daß mit den Stimmen der Sozialdemokraten die Osthilfe auf ganz Pommern, ganz Niederschlesien, die Grenzbezirke Sachsens und Bayerns ausgedehnt wurde.

In parlamentarischen Kreisen rechnet man mit Korrekturen dieser Beschlüsse durch den Ostauschuß bzw. das Plenum des Reichstags.

Im übrigen wurden die materiellen Bestimmungen des Osthilfegesetzes aufrechterhalten. Die Bestimmungen über den Bau von Eisenbahnen und anderer Verkehrsleitungen wurden dahin erweitert, daß im Regierungsbezirk Niederbayern die Bahnlinie Badensulz — Röhling gebaut werden soll. Ferner wurde eine Entschädigung angenommen, wonach der obere Pegel von Wehlau bis Zisterburg schiffbar gemacht und der majurische Kanal fertiggestellt werden soll.

Bei Paragraph 7 wurde beschlossen, die Höhe der von der Bank für deutsche Industriebanktionen zu gewährenden Darlehen auf 50 Millionen Mark statt bisher 25 Millionen Mark festzusetzen.

Die Zulassung der Wanderarbeiter.

Preussische Richtlinien. — Höchstzahl: zwei Drittel des Kontingents von 1930.

— Berlin, 19. März.

In einem Rundschreiben an die Regierungs- und Oberpräsidenten gibt der preussische Wohlfahrtsminister die vom Reichsarbeitsministerium mit Zustimmung des Reichsrats festgesetzten Richtlinien für die Zulassung ausländischer landwirtschaftlicher Wanderarbeiter im Jahre 1931 bekannt. In den Richtlinien wird bestimmt:

1. Es werden nur Betriebe berücksichtigt, die auch bisher schon Ausländer erlaubterweise beschäftigt haben. 2. Es kommen nur Betriebe in Frage, die Zuckerrüben anbauen und bei denen die Zuckerrübenanbaufläche mindestens 25 Morgen beträgt. 3. 80—85 v. H. der Ausländer müssen weibliche Arbeitskräfte sein. 4. Die Zahl der für den einzelnen Betrieb im Jahre 1931 zu genehmigenden Ausländer darf höchstens zwei Drittel der im Jahre 1930 genehmigten Zahl betragen.

Berechtigte Ausnahmen von diesen Richtlinien können zugelassen werden. Deutschstämmige Arbeitskräfte sind in erster Linie zu berücksichtigen.

Gegen unerlaubte Beschäftigung ausländischer Arbeiter soll mit besonderer Schärfe vorgegangen werden. Arbeitgeber, die wegen Verstößen gegen die Bestimmungen bestraft werden, sollen in Zukunft von der Zuteilung ausländischer Landarbeiter ausgeschlossen werden.

Kritik an der Post.

Verabschiedung des Postetats.

— Berlin, den 18. März 1931.

Der Reichstag nahm im Fortgang seiner Haushaltsarbeiten die zweite Lesung des Etats des Reichspostministeriums in Angriff. Eingeleitet wurde die Beratung mit einer Rede des Reichspostministers, wobei der Minister den Beamten seinen Dank aussprach. In der Debatte übten mehrere Redner Kritik an der politischen Einstellung von Postbeamten.

In seinem Tätigkeitsbericht betonte

Reichspostminister Dr. Schäkel,

daß der Verwaltung sei gewesen: Ausbau des Verkehrsapparates und Erleichterung der Wirtschaften durch ver-

schötensteinen waren. Bei einer Durchsuchung nach Waffen wurden bei einem der Festgenommenen Patronen vorgefunden, bei denen die Spitze nach Art der Dumdum-Geschosse abgeschnitten war. Die Festgenommenen wurden in Haft behalten.

Blutige Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten.

Bremen, 19. März. Am Mittwochabend fand in Hemelingen eine nationalsozialistische Versammlung statt. Schon vor Beginn versuchten sich etwa 120 Kommunisten Eingang in das überfüllte Lokal zu verschaffen. Dabei kam es zu schweren Zusammenstößen, in deren Verlauf die Einrichtungsgegenstände des Lokals zerstört und sämtliche Fensterscheiben eingeschlagen wurden. Mehrere aus Bremen zur Unterstützung der Landjäger herbeigerufenen Ueberfallkommandos stellten die Ruhe wieder her. Acht Nationalsozialisten wurden zum Teil schwer verletzt. Die Zahl der verletzten Kommunisten konnte noch nicht ermittelt werden. In später Nachtstunde kam es erneut zu Schlägereien, so daß die Polizei mehrmals die Straße unter Anwendung des Gummiknüppels räumen mußte.

stärkte Auftragserteilung und Herabsetzung der Tarife. Der Anfall an Einnahmen infolge des Tiefstandes der Wirtschaft sei nach Möglichkeit durch größte Wirtschaftlichkeit aus allen Gebieten wettgemacht worden. Für das Publikum seien eine Reihe von Verkehrsvereinfachungen eingeführt worden.

Zur Postversorgung des flachen Landes seien Ende des laufenden Rechnungsjahres etwa 1150 Landpoststellen mit 14 700 Poststellen und 2400 Postagenturen vorhanden gewesen. Das Kraftpostnetz umfasse rund 2340 Linien mit etwa 45 600 Kilometer Streckenlänge. Im Sommer 1930 seien 110 Expeditoren, im letzten Winter 26 Linien benutzt worden.

Die Verkehrssteigerung bei der Luftpost belaufe sich auf 58 v. H. gegenüber 1929. Die Zahl der Postbediensteten habe nahezu eine Million erreicht, der Gesamtumsatz sei aber um rund acht Milliarden auf 130 Milliarden gestiegen. Mehr als 100 Millionen Briefe seien in Rauen und vier Kurzwellenempfänger in Betrieb genommen worden.

Die Zahl der Rundfunkteilnehmer ist um eine halbe Million bis Ende 1930 auf rund 3 1/2 Millionen angewachsen. Großstädte seien noch geplant in den Enden der Reichsgebiete, Berlin, Breslau, Hamburg, Leipzig und München.

Für 1931 seien Fernsprechanlagen von Villen nach Villen und zwischen Deutschland und Dänemark (vierte Verbindung) geplant. Das Beschaffungsprogramm der Reichspost belaufe sich 1930 auf 410 Millionen Reichsmark. Dazu treten noch Aufwandsaufträge in Höhe von 200 Millionen Reichsmark. In der Nationalisierung sei das Tempo verlangsamt worden, um den Arbeitsmarkt nicht zu belasten. Durch Einschränkung fälschlicher Ausgaben seien beispielsweise rund 2000 Telegraphenarbeiter weiter beschäftigt worden. Ende 1930 seien über 25 000 Maschinen und nahezu 1800 mechanische Förderanlagen in Betrieb gewesen.

Zum Schluß hob der Minister die Einrichtung der neuen Laufbahn der Postbeamten für den einfachen Postdienst hervor. Diese Laufbahn sei ausschließlich den Postbeamten vorbehalten.

Inzwischen hatte sich die Zahl der Sitzungsteilnehmer so vermindert, daß der nächste Redner, Abg. Morath (D. Vp.) seine Ausführungen mit der Rede einleitete: „Meine vier Damen und 21 Herren!“ (Heiterkeit). Redner forderte u. a. eine Verbesserung der Auftragsverhältnisse. Aus bedauerlichen Einzelfällen dürfen nicht verallgemeinernde Schlüsse über die politische Einstellung der ganzen Postbeamenschaft gezogen werden.

Abg. Schwarzer-Oberbayer (Bayer. Volksp.) gab seiner Freude über die gesunde finanzielle Grundlage der Reichspost Ausdruck und begründete ferner, daß der Reichspost 650 Millionen Postaufträge im letzten Jahre zugeflossen sind.

Reichspostminister Dr. Schäkel,

der dann nochmals das Wort nahm, betonte, staatsfeindliche Bestrebungen der Beamenschaft werde er nicht dulden. Die Beamten seien außerdem an ihren Dienstort gebunden, der sie verpflichtete, nicht gegen die Befehle zu arbeiten. Verstöße würden energig verfolgt, aber es müßten Beweise erbracht werden.

Der Fall Wehnelt befindet sich im Stadium der Untersuchung; das Disziplinarverfahren werde in Gang gesetzt werden. Ergänzende Konsequenzen würden rücksichtslos gezogen werden.

Damit ist die Aussprache beendet. Der Etat wird in zweiter Lesung bewilligt. Dazu wurden die Ausschlußentscheidungen angenommen, die die Regierung eruchen. Sämtliche durch die Einführung der Altersgrenze von 35 Jahren bei Ueberführung von Lohnempfängern ins Beamtenverhältnis entstandenen Stellen, und die ferner möglichst baldige Durchführung der Senkung der Fernspreckgebühren für Fernsprecher forderten.

Am Donnerstag soll u. a. der Wehr-Etat beraten werden.

Rückkehr der Nationalsozialisten?

— Berlin, 19. März.

Der nationalsozialistische Parlamentsdienst veröffentlicht eine ihm von führender Seite der nationalen Opposition zugegangene Zuschrift, in der es u. a. heißt:

„Von mittelparteilicher Seite ist im Reichstag verlangt worden, daß der polnische Handelsvertrag noch während des laufenden Tagungsabschnittes parlamentarisch verabschiedet werden soll. Ein Teil der Regierungspresse hat sich diese Forderung zu eigen gemacht. Sollte der Plan verwirklicht werden, so würden die aus dem Reichstag ausgegangenen 151 Abgeordneten geschlossen zu dieser Abstimmung erscheinen, um den gegen Ostmark und Landwirtschaft gerichteten vernichtenden Schlag abzuwehren. Sie werden alsdann den Reichstag wieder verlassen.“

Nach dem Sejm hat nunmehr auch das Plenum des polnischen Senats den Handelsvertrag mit Deutschland und das Konventionsabkommen bestätigt.

Zoll-Vertrag gescheitert.

— Genf, 19. März.

Die neue Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes, in der über die Inkraftsetzung der Genfer Handelskonvention vom 24. März 1930 verhandelt worden ist, ist nunmehr vollständig gescheitert. Die Delegierten haben bereits wieder ihre Koffer gepackt und die Heimreise angetreten.

Was den Inhalt der Genfer Konvention betrifft, sind die wichtigsten Bestimmungen von den Reichstagsverhandlungen über die Ratifizierung des Abkommens bekannt. Das Abkommen verpflichtete z. B. alle Teilnehmerstaaten während einer bestimmten Zeit die seit dem 24. März 1930 in Kraft befindlichen Handelsverträge nicht zu kündigen und wollte sie ferner veranlassen, die Handelspolitik einander anzugleichen. So sollten Zollerhöhungen und die Einführung neuer Zölle möglichst 20 Tage vor der Inkraftsetzung den Teilnehmerstaaten mitgeteilt werden. Ein anderer Artikel gab den Staaten, die von derartigen Zollmaßnahmen ernstlich berührt werden, das Recht, binnen zwei Monaten nach der Voranzeige die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Ziele einer Wiederherstellung des gestörten Gleichgewichts zu verlangen.

Gescheitert ist die Inkraftsetzung der Genfer Handelskonvention in der Hauptsache daran, daß England Vertreter gegen die sofortige bzw. die Inkraftsetzung zum 1. April Einspruch erhob, während gleichzeitig eine Bestätigung des Abkommens durch den französischen Senat mehr und mehr unwahrscheinlich wurde. Erklärt wird Englands Haltung damit, daß die britische Regierung in nächster Zeit Schritte zum Ausbau des Schutzsystems unternehmen will.

Nachdem der Mißerfolg der Konferenz bereits mit der entscheidenden Erklärung des englischen Vertreters besiegelt war, blieb der Schlußfassung nur übrig, ein Protokoll zu verabschieden, das die Tatsache des Mißerfolgs offiziell bestätigt. Daneben enthält dieses Protokoll noch die Angabe, daß man sich auch über die Möglichkeit einer späteren Inkraftsetzung des Genfer Abkommens nicht habe verständigen können.

Der deutsche Vertreter, Ministerialdirektor Posse, erklärte unter Zustimmung des Präsidenten, daß dieses Protokoll nur von Interesse sei für diejenigen Staaten, die bereits die Ratifikationsurkunden hinterlegt hätten.

Der Präsident der Konferenz, der ehemalige holländische Ministerpräsident Colijn, stellte in einem kurzen Schlußwort fest, daß die Bemühungen des Völkerbundes, die Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz vom Jahre 1927 in die Tat umzusetzen, fortgesetzt gescheitert sind. Er sprach sich dafür aus, daß die Staaten nicht von der ihnen ab 1. April ab gegebenen Möglichkeit Gebrauch machen, die Handelsverträge zu kündigen und zu neuen Zollerhöhungen zu schreiten. Auf eine kurze Erklärung des Vertreters Großbritanniens, Chapman, der der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Vertreter der europäischen Regierungen sich bald wieder unter dem Vorsitz des Präsidenten Colijn versammeln würden, erklärte Colijn, daß er sich von einer neuen Konferenz in absehbarer Zeit keinen Erfolg verspreche.

Die praktischen Folgen dieses Ausgangs der Wirtschaftskonferenz werden darin bestehen, daß nunmehr auch die Staaten, die, wie Deutschland, das Genfer Abkommen bereits bestätigt haben, ihre Handelsfreiheit zurückverlangen und die geltenden Handelsverträge, wenn es ihnen aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen ratsam erscheint, kündigen können. Präsident Colijn, der bereits in der vorigen Tagung mit Kritik nicht zurückgehalten hat, scheint nach diesem Mißerfolg der von ihm geleiteten Verhandlungen in etwaigen neuen Wirtschaftskonferenzen des Völkerbundes den Vorsitz nicht mehr übernehmen zu wollen.

Nach deutscher Auffassung ist jetzt der Gedanke des Zollfriedens endgültig erledigt. Wenn wirklich in absehbarer Zeit erneut an derartige Pläne gedacht werden sollte, dann würde dazu die Ausarbeitung einer neuen Konvention erforderlich sein.

Mittleuropäische Tagung.

In Wien eröffnet. — In Anwesenheit des österreichischen Präsidenten.

— Wien, 19. März.

Im Sitzungssaal der österreichischen Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie wurde die sechste Mittleuropäische Wirtschaftstagung eröffnet. Deutschland hat Vertreter der Landwirtschaft, des Handels und der Industrie nach Wien entsandt. Die Gräfe Deutsch-Österreichs überbrachten Bundespräsident Miklas und Bundeskanzler Dr. Ender.

Bundespräsident Miklas führte aus: „Wir hatten in den letzten Wochen das Glück, bald nacheinander bedeutende Staatsmänner Europas als Gäste hier in Wien begrüßen zu können. Einer derselben hat dabei das Wort geprägt, hier in Wien schlage der Puls Mitteleuropas. Wenn Sie nun gleicher Meinung sind wie jene Staatsmänner, dann bitte fühlen Sie gefälligst diesen Pulsschlag am Herzen Europas.“

Reichsminister a. D. Gothein hob namens der reichsdeutschen Gruppe hervor, daß auch das Deutsche Reich aufs bitterste den furchtbaren Druck der in solcher Schwere kaum je dagewesenen Wirtschaftskrise empfinde, die ihren Ausgang von der Landwirtschaft genommen und sich von ihr auf die Industrien erst der Rohstoffe, dann der Fertigfabrikate, schließlich auf Handwerk, Handel und Verkehr ausgebreitet habe. Die gegenseitige Abhörung durch hohe Zollschränken habe diese Notlage außerordentlich verschärft.

Wie voranzusehen.

Sozialdemokratische Stimmenthaltung bei Panzerkreuzer W.

— Berlin, 19. März. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß, bei der Abstimmung über das Panzerschiff W sich in zweiter und dritter Lesung der Stimme zu enthalten.

Tribut-Revision dringlich.

Die Reparationslasten durch den Preisrückgang um 15 Prozent erhöht.

— London, 19. März.

In einer Generalversammlung kam der englische Industrielle A. R. Wagg auch auf die Wirtschaftslage Deutschlands und die Reparationsfrage zu sprechen. Er führte dazu aus:

Wenn, wie zu erwarten, Deutschlands Handelsbilanz in diesem Jahre weniger günstig ist, als im Vorjahre, und wenn der Zustrom ausländischen Kapitals nach Deutschland in Form von Anleihen oder Krediten sich vermindert, dann ist es wohl klar, daß eine Abänderung der Reparationszahlungen erfolgen muß. Man sollte hoffen, daß der erste Schritt in Richtung auf eine endgültige Regelung von den Vereinigten Staaten ausgeht, die direkt oder indirekt 66 Prozent der gesamten Reparationszahlungen erhalten.

Die einsichtigen Finanzkreise der Welt sehen, glaube ich, im allgemeinen ein, daß eine Revision notwendig ist. Der Redner erwähnte in diesem Zusammenhang noch, daß die Erhöhung der Reparationslast infolge des dauernden Sinkens der Preise, bisher mindestens 15 Prozent ausmachen dürfte. In dieser Hinsicht habe sich also die Erleichterung, die der Youngplan Deutschland geben sollte, als trügerisch erwiesen.

Ueber die innenpolitische Lage in Deutschland sagte der Vortragende: Die Taktik des Reichstanzlers habe viel dazu beigetragen, das Vertrauen in die innenpolitische Lage in Deutschland wiederherzustellen.

Politische Rundschau.

115 Neger in Neuorleans verhaftet.

— Neuorleans, 19. März. In Neuorleans veranstalteten die Dockarbeiter, die größtenteils Neger sind, wegen Lohnkürzungen eine Demonstration. Dabei kam es zu ernstlichen Zusammenstößen mit der Polizei. Auf beiden Seiten fielen mehrere Schüsse. 115 Neger wurden festgenommen.

Schwere Unruhen in einem amerikanischen Gefängnis.

— Neuorleans, 19. März. Im Staatsgefängnis in Joliet im Staate Illinois sind erneut schwere Unruhen ausgebrochen. Die Strafgefangenen zündeten sieben Werkstätten an, die bis auf die Grundmauern niederbrannten. Mehrere Gefangene wurden niedergeschossen. Militär wurde zur Verstärkung angefordert.

Allgemeines Demonstrationsverbot in Berlin.

— Berlin, 19. März. Der Polizeipräsident hat die im Demonstrationsverbot vom 10. Dezember v. J. zugelassenen Ausnahmen für Demonstrationen im Lustgarten, Treptow usw. aufgehoben und das Verbot von Versammlungen und Umzügen auf das gesamte Polizeigebiet ausgedehnt.

Vor der Eröffnung der Luftlinie Berlin—Rom.

— Berlin, 19. März. Reichsverkehrsminister von Guérard beabsichtigt die neue Luftlinie Berlin—München—Rom selbst zu eröffnen und hiermit den Besuch zu erwidern, den im Jahre 1928 der italienische Luftfahrtminister Balbo in Berlin abgestattet hat. Der Minister wird am 1. April mit dem ersten Flugzeug der neuen Linie in Rom eintreffen. Er wird auch Gelegenheit nehmen, im Vatikan vorzusprechen.

Spanischer Verschwörer begnadigt.

— Madrid, 19. März. Der König hat die Begnadigung der vom Kriegsgericht in Jaca zum Tode verurteilten Hauptmanns Sediles unterzeichnet.

Das Ende der Stellenvermittlung.

Hauptauschuss bestätigt die Plenarbeschlüsse über die Entschädigung.

Der Haushaltsausschuss des Reichstages behandelte heute den Gesetzentwurf über die Entschädigung der gewerbetätigen Stellenvermittler.

Staatssekretär Dr. Schäfer wies darauf hin, daß die weitgehenden Anträge, die die ursprünglich vorgesehene Entschädigungssumme von 200 000 Mark auf zwei Millionen Mark erhöht haben, die Anwendung des neuen § 48 a der Geschäftsordnung notwendig machen, wonach die Anträge nur angenommen werden können, wenn gleichzeitig für ihre Deckung Sorge getragen ist.

Die Abstimmung ergab eine Mehrheit von Sozialdemokraten und Kommunisten für die Beibehaltung der Plenarbeschlüsse zweiter Lesung.

Schwere Explosion in Wittenberg.

Vier Personen getötet.

In einem Patronenschuppen des Sprengstoffwerks Reinsdorf fand bei Aufräumarbeiten eine Explosion statt, bei der vier Personen ums Leben kamen und zwei weitere Personen verletzt wurden. Die Toten sind der Werkmeister, ein Schlosser und zwei Arbeiter.

Ermordung zweier Missionarinnen in China.

Aus Junnanfu (Provinz Junnan) wird gemeldet, daß zwei amerikanische Missionarinnen, deren Namen noch unbekannt sind, ermordet worden sind.

Verschiedenes.

Politisches Schulungstreffen auf der Freusburg.

Die Freusburg-Arbeitsgemeinschaft für Lebenserneuerung veranstaltet am Sonntag, dem 22. 3. auf der Freusburg Freusburg in der Reihe ihrer politischen Schulungstreffen die zweite Arbeitsgemeinschaft unter Leitung von Fritz Wessling (Deutsche Freischar). Für die zweite Arbeitsgemeinschaft wurde das Leitwort „Das Gesicht Europas nach dem Weltkrieg“ gewählt. Als Vortragende wurden gewonnen Dr. Kleo Meyer-Berlin von der Bündischen Reichsenschaft und der Jungsozialist Dr. Hermann Heller-Berlin. Eingeladen zu der Veranstaltung ist die junge Generation aus allen Lagern. Wer zur Freusburg kommt, möge sich allerdings dessen bewußt sein, daß nur dann eine Zusammenarbeit möglich ist, wenn die Teilnehmer es verstehen, auch die andere Meinung zu achten. Die Arbeitsgemeinschaft beginnt am Sonntag vormittag 9 Uhr. Anmeldungen werden an das Arbeitsamt der Freusburg-Arbeitsgemeinschaft, Südbach in Westfalen, Postfach 14, erbeten.

Gesamterziehung und Gesamtunterricht in der Schule. Unter diesem Thema hält der Verein Deutscher Evangelischer Lehrerinnen e. V. seine 8. Tagung vom 31. März bis 2. April in der Lutherstadt Wittenberg. Das gegenwärtig in Fachkreisen stark umstrittene Problem des Gesamtunterrichts in der Schule soll mit besonderer Beleuchtung der Stellung des Religionsunterrichts erörtert werden. An die Tagung schließt sich eine Lehrerinnen-Freizeit im Garthaus des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes in Elend an. In den Morgen- und Abendstunden behandelt Frau Rektorin Spelsberg das Thema: Bereitschaft in Treue, Bereitschaft in Liebe. Herr Pfarrer Ernst Rohmann-Kassel wird an den Spätnachmittagen in einem einstündigen Vortrag eine Beleuchtung der Zeitgeschichtlichen Begebenheiten im Lichte der Offenbarung St. Johannis geben. (Das nähere Programm der Veranstaltung ist in der Zeitschrift des Vereins zu beziehen.)

Stellungen ist zu beziehen durch die Geschäftsstelle des B.D.E.V., Buppertal-Barmen, Neuerweg 53/55.)

Strafverfahren wegen Gotteslästerung.

Wie amtlich mitgeteilt wird, hat die Staatsanwaltschaft gegen die für die inzwischen polizeilich geschlossene Ausstellung „Presse und Kultur“ verantwortlichen Personen ein Strafverfahren wegen Gotteslästerung eingeleitet. 20 Zeichnungen, die gröbliche Beschimpfungen kirchlicher Einrichtungen enthielten, wurden gerichtlich beschlagnahmt.

Tagung der Evangel. Haushaltungsschulen Westfalens in Bethel.

Der Vorstand der Fachgruppe der Evangel. Haushaltungsschulen Deutschlands hatte die Schulen Westfalens und der Nachbarschaft zu einer Tagung nach Bethel am 11. März eingeladen. Fast sämtliche Schulen waren erschienen und durch ihre Leiterinnen, Lehrerinnen und Vertreter; ein deutlicher Beweis, daß Tagungen der Art einem Bedürfnis entsprechen. Es wurden die verschiedenen Möglichkeiten der hauswirtschaftlichen Ausbildung der jungen Mädchen, die Lehrmittel der Haushaltungsschulen, Zeugnisse usw. in Vorträgen behandelt, an die sich lebhaft Besprechungen knüpften. Verhandlungen über eine Fülle anderer Fragen, besonders über die staatlichen Vorschriften, die Berechtigungen, Prüfungen und dergleichen schlossen sich an. Allgemein kam der Wunsch zum Ausdruck, die Tagung möchte wiederholt werden. Sie hat dazu gedient, daß man sich gegenseitig kennen und verstehen lernte und bot viel Anregung.

Westfälische Missionskonferenz. Kirchliche Lebensordnung. — Religiös-soziale Probleme auch bei den Schwestern. Wie in jedem Jahr, so findet auch die diesjährige Missionskonferenz wieder in Hamm im Lutherhaus statt. Am ersten Tag, 12. 4., wird die Feier eröffnet durch einen öffentlichen Vortrag von Missionar Bachmann über „Die Not der Seiden und ihre Hilfe“. Am zweiten Tage, dem 13. 4., werden Vorträge gehalten über „Gemeinschaftslehre und Kirchenzucht“, über „afrikanische Schulfragen“ und über das Thema „Jesus im religiös-sozialen Leben der Afrikaner“. Als Redner sind gewonnen: Missionsdirektor Reppner-Barmen, Missionsinspektor Ronicke-Bethel und Missionar Bachmann-Niesky.

Landpostzustellung. Wegen der zunehmenden Gefahr von Raubüberfällen entfällt künftig allgemein die Annahme von Geldern und Wertgegenständen durch die Landpostboten bei allen Fahrten in der Dunkelheit. Damit erfährt auch die Einlieferungsmöglichkeit bei den Poststellen bis auf weiteres gewisse Einschränkungen, was von der Öffentlichkeit vorübergehend in Kauf genommen werden muß.

Mitteilung.

Sozialpolitische und volkswirtschaftliche Literatur. Aus dem Nachlaß eines früheren Mitarbeiters des „Aufwärts“ ist eine große Anzahl sozial- und wirtschaftspolitischer Literatur vorhanden, die an Interessenten billig abgegeben wird. Wir sind bereit, auf Wunsch ein Verzeichnis der Bücher zuzuführen.

Die Schriftleitung des „Aufwärts“.

Bethel.

Christlicher Verein junger Männer.

Freitag abend 8½ Uhr Bibelstunde in Gosen über Jesaja 2.

Schriftleitung: W. Kraus; Wirtschaft- und Westpolitik: Dr. G. Guttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Miele-Fahrrad ballonbereift



mit Sachs-Motor Modell 1931.

das ideale Verkehrsmittel für alle Berufstätigen, stauer- und fahrsicher, 2 Gänge, Geschwindigkeit 30 km, Brennstoff 1½ ltr. auf 100 km. Das Herrenrad kann auch mit am Sattel geknüpftem Rahmen geliefert werden.

Preis in Normal-Ausführung mit Vorderrad-Federung und großem Sattel für das Herrenrad RM 311.-, für das Damenrad RM 321.-.

Mielewerke A.G. Gütersloh/Westf.
Über 2000 Werksangehörige.

Zu haben in den Fahrradhandlungen.

Bethel

Die staatl. anerf. Haushaltungssch. Ehardtshaus der Westf. Diakonissenanstalt Sarepta bietet in ihrem Internat Töchtern christl. Fam. Ausbildung in allen Zweigen des Haushalts. Gröndl. hauswirtsch. Durchbildg. ermöglicht den Eintritt in praktische Berufe. Vertiefung der Allgemeinbildg., Lebensschulg. sind Ziele der Schule. Aufn. im April u. Oktober. Prospekt d. d. Leitung d. Schule.

Wegen Verheiratung der jetzigen, die vorige Kraft war 11½ Jahre hier, suche zum 16. 4. oder 1. 5. für frauenlosen Lehrerehepaar (2 Pers.) auf dem Lande (Post-Autobusverbindung) ein gesundes, stilles, gewissenhaftes Mädchen nicht unter 28 Jahren, das in allen Zweigen des Haushaltes erfahren ist, selbstständig arbeitet und auch H. Garten (6 a) pflegen kann. Elektr. Waschm., Bügel-eisen und Staubf. vorh. Zufuhr. mit Gehaltsansprüchen und Nachweis, wo Empfehlungen erfahren werden können, an die Geschäftsstelle dies. Blattes unter N 1323 möglichst bald erbeten.

Suche zum 1. April eintüchtiges, in Haus und Küche erfahrenes, kinderliebendes Mädchen Nähtennähte sind besonders erwünscht. Schriftliche Angebote mit Zeugnissen erbeten.

Frau B. Rohlfing, Baar bei Herford, Post Brate.

Reltereres Klavier

(zum Üben für Anfänger sehr gut geeignet) in gutem Zustand für Mk. 235.- zu verkaufen.

FESTING

PIANOFORTEFABRIK

Schlafzimmer

neues, doppelt, mit großen Spiegel-schrank, ferner neue moderne Küche, Gasherd mit Backofen, u. 1 Sofa umständelbar sehr preiswert zu verkaufen, evtl. auch auf Teilzahlung. Wo? sagt die Geschäftsstelle d. Bl. unter N 1925.

Suche für meine Tochter, 17 Jahre alt, groß und kräftig, aus guter Familie, eine Stelle als Hausdame in christlichem Hause bei Familienanschl. Angebote erbeten an Frau Ely Rademacher, Diefenbach-Deba (Pomm.)

Mein Pflegejahn, Kriegswaise, 23 J. alt, Schlosser u. Dreher, sucht

Chausseur oder Beifahrerstelle

hat Führerschein Klasse 2 u. 3b, übernimmt auch Nebenarbeit, ist fleißig und solide, christl. gesinnt.

F. W. Rummelhoff, Rohland bei Brieg

Ennepe-Ruhrkreis.

Arztlich empfohlen

Pastor Felkes

Magenstärker

hilft bei allen Magenbeschwerden ganz hervorragend. Erhältlich in den Apotheken, wo nicht, direkte Zusendung ohne Preisanschlag franco gegen Nachnahme (Mk. 3,50 d. Fl.) durch die allein berechnigte Herstellerin:

Firma Hermine Schmitz, Duisburg

Fabr. pharmaz. Präparate, gegr. 1903

Hochfeiner la

Bienenschleuder-Monig

garantiert reiner, hellgelb, 10-Pfund-Dose 10,80 RM franko, 5-Pfund-Dose 6.- RM franko.

Versand Nachn. Garant. Zurückn.

Heermann'scher Monigversand

Werthe i. N. Nr. 183.

Töchterheim
des Diakonissenhauses Kassel
staatl. anerkannte Haushaltungsschule, Landgraf Karlstr. 23, bietet jungen Töchtern Gelegenheit, sich zu tüchtigen Frauen und Müttern auszubilden. Näheres Prospekt.

Osterflugblatt

Sonderausgabe unseres Sonntagsblattes „Für Herz und Haus“, ein vierseitiges Verteilblatt, geeignet zum Verteilen an Kirchstüren und auf Friedhöfen. Probenummern stehen auf Wunsch zur Verfügung.

Das Stück kostet 2 Pfennig

Von 100 Stück ab portofrei

Von 500 Stück ab 25 %, Preisnachlaß

Von 1000 Stück ab 40 %, Preisnachlaß

Von 5000 Stück ab 50 %, Preisnachlaß

Bestellungen erbeten an den

Blätterverlag der Anstalt Bethel

Abteilung „Herz und Haus“, Postfach Hannover 7882.

Einzelne Betten, Schlafstühle, Kinderbetten, Polster, Chaisel, an jeden Teilz. Katalog frei. Eisenmöbelwerk Suhl (Thür.)

Schwermetalle, Verzägle, Erholungsbedürftige und solche, die in geistiger Not sind, finden freundliche Aufnahme und Hilfe im Herrn zu mäßigem Preise im

Erholungsheim

Haus Friedensruh

in Laufen/Byach, O. A. Balingen (Württbg.) Sommer und Winter geöffnet. Anfragen sind zu richten an die Leitung des Hauses.

Stellensuche u. Angebote

haben im „Aufwärts“ großen Erfolg!

Nr. 67.

Die P...

geg...

Professo...

am 12. Mär...

drückende I...

zur Mithilfe...

Es gibt...

Arbeitslofe...

sogenannte...

einmalige...

den könn...

welche in...

und damit...

muß. Was...

der Vortra...

wir haben...

baren. Wü...

so wäre A...

nalen Lebe...

Prof. Siegi...

die Völker...

zur Zerstör...

Ein zweiter...

industrie, mit...

ferner gibt...

von 5½ M...

mitzählen.

völkern...

hatten wir...

Industrien,

unterhalten.

Siegmund...

und innere...

Er lehnt di...

ich tliche...

dele sich m...

Menge wer...

größte Ungl...

funden. We...

zeln, freil...

eine Zeitlan...

Arbeitslosen...

aufbringen,

Kaufkraft,

der Kommun...

gehören A...

5 Milliarden...

Sehr er...

und seelich...

werden he...

nach solche...

nachher ihre...

nen. Dazu...

Man schätz...